

INITIATIVE EXPRESS

Das neue Studentenportal der INSM:

unichcek.de macht müde Unis munter



Berlin – „Leicht werden es die Hochschulen beim Verplempern studentischer Gelder künftig nicht mehr haben“, schrieb eine Tageszeitung über das neue Studentenportal www.unichcek.de. Das Blatt be-

schäftigte sich – wie zahlreiche andere Medien bundesweit – mit dem zentralen Anliegen des neuen Studentenportals www.unichcek.de: Die Website gibt Studenten die Möglichkeit, die Leistung ihrer Hochschulen zu bewerten. Auf diese Weise findet eine öffentliche Qualitätskontrolle statt. Nach monatelangen Vorbereitungen hatte die INSM diese Website am 11. April öffentlich präsentiert. „Als Gebührenzahler haben Studenten ein Mitspracherecht, wie ihr Geld für eine bessere Ausbildung eingesetzt wird“, sagte INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer an diesem Tag vor Journalisten im Haus der Bundespressekonferenz in Berlin.



Medienandrang: Präsentation von Unichcek im Haus der Bundespressekonferenz.

Die Website beschäftigt sich auch damit, wie Hochschulen die Studiengebühren verwenden: Wird das Geld in bessere Forschung und Lehre investiert oder versickert es irgendwo? www.unichcek.de >

Editorial

Was ein Studentenportal mit Ludwig Erhard zu tun hat ...

Abstimmen, mitbestimmen – das ist das Motto unseres neuen Studentenportals www.unichcek.de. Dort können Studierende öffentlich bewerten, ob ihre Hochschule die Studiengebühren sinnvoll verwendet. Viele Bewertungen ergeben ein Ranking, das zeigt, welche Unis das Geld im Sinne einer besseren Bildungsqualität einsetzen und welche nicht. unichcek nimmt die Studenten als Kunden ihrer Hochschulen ernst. Wer Studienbeiträge zahlt, hat das Recht auf Mitsprache. Marktwirtschaft und Demokratie, das gehört eben zusammen.

Wenn der Staat seit Jahren immer weniger in die Hochschulen investiert und jetzt in der Not zu Gebühren greift, dann ist das eine gute Gelegenheit, die obrigkeitstaatlichen Hochschulstrukturen aufzubrechen. Schon wenige Wochen nach dem Start des Portals können wir sagen: Die Mechanismen der sozialen Marktwirtschaft funktionieren. Die Studenten sagen auf Unichcek.de klar, wo sie auf ihrer Uni der Schuh drückt. Erstmals wird ermittelt, welche Präferen-

zen die Studenten haben. Und natürlich widerlegt Unichcek auch das Vorurteil der Bürokratie, dass Studenten unmündig seien und nicht selbst bestimmen können, was mit ihrem Geld geschieht. Noch keiner der vielen Studentenkommentare auf unichcek forderte „billigeres Mensaessen“. Im Gegenteil, die Verbesserung der Studienbedingungen ist das Hauptanliegen der Studis. Wir sind sicher, mit unichcek mehr gesunden Wettbewerb und mehr Demokratie in die Hochschulen zu tragen.

Das Wirtschaftswunder nach dem Krieg war auch ein Demokratiewunder, an dem bis 1989 nur die Westdeutschen teilnehmen durften. Sein Vater war Ludwig Erhard, der wirtschaftliche und politische Freiheit stets als eine untrennbare Einheit betrachtete und beide gegen Staatwirtschaft und Kartelle durchsetzte. In diesen Tagen beginnen wir eine Kampagne unter dem Titel „Erhard schreibt wieder“. Mit dieser Anzeigenserie werden wir mit authentischen Erhard-Zitaten nachweisen, wie aktuell seine Positionen auch heute noch sind.

Max A. Höfer

Dieter Rath

INITIATIVE EXPRESS



Real existierende Lehre live: Das Urteil der Studenten über Ihre Unis und Dozenten auf Uniecheck.de ist hart aber fair.

gibt außerdem wertvolle Tipps, wie man sein Studium finanziert und startete mit 25 Live-Berichten zur Lage an Hochschulen, die bereits mit Gebühren arbeiten. Eine Studenten-Redaktion erarbeitet den Großteil der Inhalte für die Zielgruppe – die Studierenden. Diese sind aufgerufen, die Beiträge zu kommentieren und mit eigenen Erfahrungen anzureichern.

Das Portal bietet Studenten ein Forum, Defizite im Angebot ihrer Hochschule über das Internet öffentlich zu machen, aber natürlich auch, ihren Kommilitonen Best Practices mitzuteilen. Mit geringem Aufwand können Studierende einen Online-Fragebogen ausfüllen und so ihre Hochschule bewerten. Wenn genügend Studenten ihre Bewertungen abgegeben haben, wird aus diesen Fragebögen ein Ranking aller Hochschulen und Universitäten erstellt: Wo zum Beispiel sind die Hörsäle überfüllt, wo reichen die Öffnungszeiten der Bibliotheken – und anderes mehr.

Die Debatte um die Qualität der Lehre ist durch die Einführung von Studiengebühren in sieben Bundesländern in eine neue Phase getreten. In großer Mehrheit bezweifeln die Studenten, dass die Hochschulen ihre Studienbeiträge auch tatsächlich für eine Verbesserung der Lehre einsetzen, so eine zum Launch von uniecheck.de präsentierte TNS-Emnid-Umfrage der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (siehe nächste Meldung).

„Uniecheck schafft die nötige Transparenz darüber, ob und wie sich die Hochschulen für ihre zahlenden Bildungskunden einsetzen“, erläuterte INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer. Die Notwendigkeit, hier mehr Öffentlichkeit zu schaffen, unterstrich auch Jennifer Lit-

ters, verantwortliche Redakteurin von UNICUM: „Einige Hochschulen sollen beim Investieren der Studiengebühren sehr kreativ sein. Da ist von gestopften Haushaltslöchern und glänzenden Imagebroschüren die Rede“, sagte sie beim Pressetermin in Berlin und fügte hinzu: „Uniecheck ist unter anderem dafür da, solche Fehlgriffe öffentlich zu machen.“

Link: www.uniecheck.de

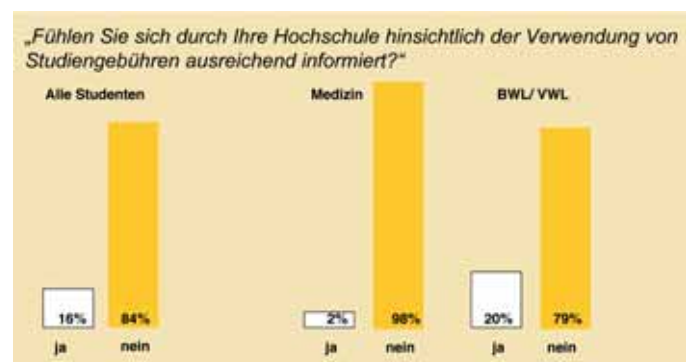
Repräsentative Umfrage zum Start des neuen Studentenportals:

Studenten als zahlende Kunden haben hohe Ansprüche an ihre Hochschulen

Berlin/Köln – Studenten, die bereits Studienbeiträge zahlen, erwarten an ihren Hochschulen und Universitäten deutlich bessere Leistungen und fordern mehr Mitsprache bei der Verwendung von Geldern. Das sind zwei zentrale Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage von TNS Emnid im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) unter 1000 Studierenden aus jenen fünf Bundesländern, die seit dem Sommersemester 2007 Studiengebühren erheben.

Neun von zehn Studenten wollen danach ein Mitspracherecht, wie die Hochschulen ihre Studienbeiträge für ein besseres Lehrangebot einsetzen. 77 Prozent aller Studierenden, die bereits Studien-

Unis informieren unzureichend



Studenten fordern bessere Angebote



INITIATIVE EXPRESS

Studiengebühren haben Anreizwirkungen



beiträge zahlen, fordern künftig mehr Angebote von ihrer Hochschule. Leistungsverbesserungen hatte die Politik den Gebührenzahlern auch angekündigt, doch unter den Studis regiert die Skepsis, ob dieses Versprechen auch eingelöst wird: 84 Prozent fühlen sich von ihren Hochschulen nicht ausreichend über die Verwendung der Gebührengelder informiert, 83 Prozent aller Befragten zweifeln daran, dass die Mittel tatsächlich für eine bessere Ausbildung verwendet werden. Ganz oben auf der Wunschliste stehen mehr Übungsangebote, mehr Lehrveranstaltungen und generell ein besserer Unterricht. Immerhin zwei Drittel aller befragten Studenten sind nach dieser TNS-Emnid-Befragung für die INSM überzeugt, dass Studiengebühren prinzipiell für Verbesserungen des Lehrbetriebes sorgen können, obwohl Studienbeiträge weiterhin unpopulär sind (nur 33 Prozent dafür). Die Umfrageergebnisse wurden am 11. April in Berlin zum Start des neuen Webportals www.unicheck.de vorgestellt.

Mehr Details zur Umfrage finden Sie hier.

http://www.unicheck.de/downloads/Infos_Emnid/paragraphs/0/file/Hintergrund_Emnid_Chart_Anlage_1.pdf

Pressestimmen zum Start von Unicheck.de:

„Druck von außen“ als Weg zu besserer Lehre

Berlin/Köln – „Der Student hat trotz der Gebühren, die er zahlt, keine Möglichkeit, seine Uni zu besserer Lehre zu zwingen. Vielleicht ist ja Druck von außen doch ein Weg – und sei es über ein Internet-Ranking, das immer wieder öffentlich ausgewertet werden kann.“ So interpretierte ein Kommentator der *Berliner Zeitung* das Anliegen von www.unicheck.de. Es sei indes peinlich für die Unis, dass erst eine solche Initiative kommen müsse, „um eine öffentliche Debatte darüber in Gang zu setzen.“ Der Autor beklagt, dass es die Hochschulrektorenkonferenz versäumt habe, „strategische Konzepte für die Verwendung der Gebühren“ zu erarbeiten, „damit nicht die eine Uni Werbebroschüren und die nächste Heizkosten damit bezahlt.“

„Gebühren zahlende Studenten wollen von Unis mehr Leistung“, überschrieb die Tageszeitung *WELT* ihren Bericht über [unicheck.de](http://www.unicheck.de) und die TNS-Emnid-Studenten-Umfrage der INSM. „[unicheck.de](http://www.unicheck.de), so zitiert die Zeitung einen Text aus dem neuen Studi-Portal, wolle eine „wertvolle Diskussion über das Lehrangebot“ entstehen lassen.

Auch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* widmete sich der neuen Online-Plattform für eine bessere Lehre an den Hochschulen. Zitat: „Die von Arbeitgebern aus der Metall- und Elektrobranche finanzierte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft eröffnete zusammen mit Partnern am Mittwoch ein Internet-Portal (www.unicheck.de), auf dem Studenten bewerten können, ob an ihrer Hochschule Studiengebühren sinnvoll verwendet werden. Man wolle so für Transparenz bei der Verwendung der Mittel sorgen, sagte Max A. Höfer, der Geschäftsführer der Initiative.“

Die Online-Ausgabe der Wochenzeitung *DIE ZEIT* fokussierte das Misstrauen, mit dem viele Studenten die Verwendung ihrer Studienbeiträge durch die Hochschulen verfolgen: „Viele Studenten stehen Studiengebühren mit großer Skepsis gegenüber“, schrieb die Online-Ausgabe der *ZEIT*.



Zahlreiche Journalisten besuchten die Unicheck-Presskonferenz am 11. April in Berlin. Über 100 Artikel in Zeitungen und Meldungen in Nachrichtenagenturen thematisierten das neue Portal.

Wie wichtig Transparenz bei der Verwendung der Studienbeiträge ist, wie [unicheck](http://www.unicheck.de) sie schaffen will, thematisierte die *Aachener Zeitung*. Sie wies auf die Gefahr hin, „dass sich die Länder nach Einführung der Gebühren aus der Finanzierung verabschieden oder zumindest ihre Mittel kürzen“. Der Artikel zitiert den Präsidenten der Kultusministerkonferenz, Jürgen Zöllner (SPD): „Die „Gesetzmäßigkeiten der öffentlichen Haushalte würden dazu führen, dass an den Hochschuletats gekürzt werde, wenn diese eigene Einnahmen zu verzeichnen hätten“, habe dieser kürzlich in einem Interview erklärt.

„Der Student ist jetzt zahlender Kunde der Hochschule, er kann mit seinem Geld etwas fordern“, zitiert die *Neue Osnabrücker* >

INITIATIVE EXPRESS

Zeitung den INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer in ihrem Bericht über unichack.de. „Studenten verlangen Klarheit über die Verwendung von Studiengebühren“, schlagzeilte das Blatt.

Unter der Schlagzeile „Sag mir, wo die Gebühren sind“ interpretierte die **Financial Times Deutschland**, neben dem Campus Magazin UNICUM Kooperationspartner der INSM beim Projekt unichack, das Internet-Projekt wie folgt: „Studenten prangern online den Missbrauch ihrer Studienbeiträge an.“

Der Kölner Sozialforscher Jürgen Friedrichs erwartet nach diesem Bericht der FTD, dass „der eine oder andere Rektor“ „sich selbstverständlich darüber beschweren“ werde. Professor Friedrichs weiter: „Vergleiche regen ja dazu an, es besser machen zu wollen.“

Mehr Resonanzen finden Sie hier: http://www.insm.de/Presse/Presseresonanz/Presseresonanz/Breite_Berichterstattung_ueber_www.unichack.de__Wertvolle_Diskussion_ueber_das_Lehrangebot_.html

INSM-Anzeigenserie: Ludwig Erhard als Zukunftslotse

Wie der Vater des Wirtschaftswunders uns heute ins Gewissen reden würde

Köln/München – Statt der typischen Zigarre hält Ludwig Erhard einen Füllfederhalter in der Hand. Die Fotomontage verstärkt die Denkerpose des wirtschaftspolitischen



In einer Anzeigenkampagne lässt die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft den Vater des Wirtschaftswunders wieder auferstehen. Seine Botschaften sind aktueller denn je.

Visionärs, der bereits während des zweiten Weltkrieges an einem Konzept zum marktwirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands in Frieden und Freiheit gearbeitet hat. Am 5. Mai, dem 30. Todestag von Ludwig Erhard, erschien dieses Bildmotiv als Anzeige der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft in der Süddeutschen Zeitung mit der verblüffen-

den Schlagzeile: „Erhard schreibt wieder“. Die Anzeige markiert den Auftakt einer Kampagne der INSM rund um den Vater des Wirtschaftswunders.

Warum eigentlich Erhard? Ludwig Erhard ist die Verkörperung eines gehaltenen Versprechens – dass nämlich eine freiheitliche und sozial ausbalancierte marktwirtschaftliche Ordnung Wohl-

stand für alle bringt. Nicht immer hat sich der Mann aus Fürth mit seinen ordnungspolitisch geprägten Vorstellungen durchsetzen können. Aber oft hat er in der Rückschau auch in verlorenen politischen Gefechten mit seiner Meinung Recht gehabt. So zum Beispiel mit seinen frühzeitig geäußerten Warnungen, dass der Wohlfahrtsstaat durch überzogene Ansprüche der Menschen an die sozialen Sicherungssysteme aus den Fugen zu geraten drohe. Schon 1953 warnte er in einer Rede: „Ich meine, wir sind hier in einen gefährlichen Trend hineingeraten“ und forderte zu mehr Eigenverantwortung auf: „Ich glaube, die beste Sicherheit ist die, wenn der einzelne Mensch wieder zu dem Bewusstsein und zu der Gewissheit gelangt, dass er auf Grund seiner Leistungen und seiner Arbeit sein Schicksal selbst gestalten kann.“ Das haben die Deutschen im Wirtschaftswunder beherzigt. Wer den sozialen Aufstieg wollte, hat das in der Regel auch geschafft.

Wie wird Erhard „auftreten“? Die INSM wird Ludwig Erhard in einer Anzeigenserie zu aktuellen Themen der politischen Debatte als Zukunftslotsen etablieren – und dabei geht es nicht um 50er-Jahre-Nostalgie und die „gute alte Zeit“, sondern um Erhards grundsätzliche Positionen, die auch im 21. Jahrhundert wegweisend sind. Für Ludwig Erhard war die Marktwirtschaft per se bereits sozial, weil Wettbewerb seiner Auffassung nach zu besseren Ergebnissen und damit zu mehr Wohlstand für alle führt. Für ihn waren Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft und Unternehmergeist die Motoren einer erfolgreichen Wirtschaft. Für die INSM sind dies auch im 21. Jahrhundert zentrale Wachstumstreiber. Dass Erhards Positionen auch heute modern sind, wird die Anzeigenserie auch in ihrer optischen Aufmachung zum Ausdruck bringen. Gezeigt wird Erhard dort nicht in einem historischen Foto, sondern in einer mit liebevoll frechen Strichen erstellten Illustration: rote Krawatte, den Blick freundlich zum Betrachter gerichtet – Erhard als tatkräftiger Freund einer Republik, die vor allem auch in Fragen der Wirtschaftspolitik manch guten Rat gebrauchen kann.



INITIATIVE EXPRESS

Weitere INSM-Anzeigen

Der Pflegefall Pflegeversicherung, der Reformfall Rente mit 67



Ein Abreißkalender mit 29-Millionen-Euro-Scheinen versinnbildlicht den finanziellen Notstand der Pflegeversicherung, die vor dem Hintergrund der alternden Gesellschaft immer tiefer ins Defizit rutscht. Jeder Tag, an dem die Politik die Reform der Pflegeversicherung verschleppt, so haben Wissenschaftler errechnet, kostet uns 29 Millionen Euro. Die Anzeige erschien Mitte März unter anderem in der Süddeutschen Zeitung, der FAZ und der Zeit.

Eigentlich ist es eine ganz einfache Rechnung, die diese INSM-Anzeige zur Rente mit 67 verdeutlicht. Weil die Menschen statistisch gesehen im Jahr 2029 voraussichtlich drei Jahre länger leben, beziehen sie dennoch ein Jahr länger Rente, auch wenn sie mit 67 statt wie bisher mit 65 Jahren ihr gesetzliches Renteneintrittsalter erreicht haben. Die Anzeige wurde im März in Zeitungen und Magazinen verbreitet.



Niedriglohn als Jobchance – oder Mindestlohn als Gebot der Gerechtigkeit?

Frankfurter Rundschaue und Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) baten Roland Koch und Franz Müntefering zum Streitgespräch

Frankfurt – Mit Franz Müntefering und Roland Koch hatten die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und die Frankfurter Rundschaue am 16. Mai zwei Antagonisten einer Debatte eingeladen, an der sich aktuell die Gemüter erhitzen: der Streit um den Mindestlohn. Müntefering forderte: „Gutes Geld für gute Arbeit“. Hessens Ministerpräsident Roland Koch dagegen glaubt: „Mindestlöhne vernichten Jobs!“ So zitiert die Frankfurter Rundschaue in einem



INSM-FR-Podium in Frankfurt: VhU-Präsident Weidemann, Ministerpräsident Koch, FR-Chefredakteur Vorkötter, Arbeitsminister Müntefering und IG-Metall-Bezirksleiter Schild (von links).

Bericht über das von FR-Chefredakteur Uwe Vorkötter moderierte Podium im Frankfurter Zoo-Palais.

In dem Bericht der Frankfurter Rundschaue heißt es dazu: *Mit der Begründung, „das Lohnniveau richtet sich nach der Produktivität“, positionierte sich der gelernte Rechtsanwalt Koch als der wahre Ökonom der Runde, während er seinen Kontrahenten Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) als „Moralisten“ titulierte. Dieser fasste den Vorwurf offensichtlich als Kompliment auf und beharrte auf seiner zentralen Forderung „wer voll arbeitet, muss auch davon leben können!“* Beide Seiten, so das Blatt, blieben letztlich bei ihren Positionen. Das war auch zwischen den Sozialpartnern auf dem Podium so, die auf Unternehmerseite durch Dieter Weidemann, Präsident der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände, und Gewerkschaftsseite durch IG-Metall-Bezirksleiter Armin Schild vertreten waren.



Franz Müntefering: „Wer voll arbeitet, muss davon leben können.“

Weiteres Zitat aus der FR: *„Derzeit werden von der Bundesagentur für Arbeit 1,6 Millionen Arbeitslose gezählt, die schon länger als ein Jahr ohne Job sind. Haben die Gewerkschaften etwa durch zu hohe Lohnforderungen in den unteren Einkommensklassen diese Menschen ausgegrenzt, wie Weidemann behauptete, oder fehlt ihnen, wie IG-Metaller Schild postulierte, nur eine adäquate Qualifizierung?“* >

INITIATIVE EXPRESS

Die Meinungen unter den rund 200 Zuschauern waren nicht minder unterschiedlich wie die auf dem Podium. Applaus gab es für die Positionen aller Seiten. Die Diskussion berührte alle wesentlichen Argumente dieser Debatte – alle wesentlichen Pros und Contras und verlief aber dennoch sehr sachlich. So resümierte FR-Chefredakteur Uwe Vorkötter am Ende: „Sollte der eine oder andere seine Vorurteile infrage gestellt gesehen haben, dann hat sich dieser Diskussionsabend gelohnt.“



Ministerpräsident Koch: „Mindestlöhne vernichten Jobs.“

Mehr zum Thema Mindestlohn aus Sicht der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) lesen Sie hier:

<http://www.insm.de/Arbeit/Mindestlohn.html>

Zum Bericht der Frankfurter Rundschau geht es hier:

http://www.insm.de/Presse/Presseresonanz/Presseresonanz/FR-Diskussion_zum_Mindestlohn__Moralist_gegen_Oekonom.html

Vorschau – Duell Alt gegen Jung:

Blüm contra Mißfelder: Wie sozial ist die Rente mit 67?

Berlin – Norbert Blüm und Philipp Mißfelder – dieselbe Partei, doch zwei kontroverse Meinungen in der sozialstaatlichen Debatte. Am 12. Juni 2007 werden sich die beiden Christdemokraten mittags in Berlin zum rentenpolitischen Streitgespräch treffen. Die genaue Zeit und den Ort finden Sie demnächst in www.insm.de.



Norbert Blüm, CDU-Sozialpolitiker alter Schule.

Allerdings fällt in die Schlussphase seiner Zeit als Minister auch die Etablierung des demografischen Faktors, der ähnlich wie der Nachhaltigkeitsfaktor den Anstieg der Renten in Zukunft abflachen sollte, um

Die Podiumsteilnehmer: Norbert Blüm diente volle 16 Jahre als Minister für Arbeit und Sozialordnung im Kabinett Kohl. Blüm steht für das heute vielfach belächelte Versprechen „Die Renten sind sicher“ und den Aufbau einer in Zukunft absehbar schwer defizitären Pflegeversicherung. Aller-

der demografischen Entwicklung Rechnung zu tragen. Das Rentenalter auf 67 Jahre anzuheben, lehnt er als „fast zynisch“ ab und fügte in einem Interview hinzu: „Wenn die Arbeitsmarktverhältnisse nicht geändert werden, ist das nur ein anderes Wort für Rentenkürzung.“

Der 27-jährige Mißfelder, Vorsitzender der Jungen Union, seit 2005 mit Bundstagsmandat, hält die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 nicht nur für gerechtfertigt, sondern steht einer weiteren Verlängerung der Lebensarbeitszeit aufgeschlossen gegenüber. „Für meine Generation halte ich eine Rente mit 70 für realistisch“, sagte Mißfelder jüngst in einem Zeitungsinterview und betonte: „Wenn wir eine höhere Lebenserwartung haben als unsere Elterngeneration, muss sich auch die Lebensarbeitszeit verlängern. Eine erste richtige Anpassung ist durch die Rente mit 67 erfolgt. Auf Dauer wird die Rente mit 70 kein Tabu bleiben.“




Philipp Mißfelder, „junger Wilder“ in der Union.

INSM-Studie:

Neue Beschäftigung in der professionellen Pflege, neue Milliardenlasten für die Gesellschaft

Berlin – Die Pflege älterer Menschen wird sich in Zukunft nur gewährleisten lassen, wenn bereits heute zusätzliche Kapitaldeckung eingeführt wird, um künftige Kostenrisiken in Milliardenhöhe abzusichern. Das ist die zentrale Aussage einer Studie, die Professor Reinhold Schnabel, Universität Duisburg-Essen, und INSM-Geschäftsführer Höfer am 2. Mai in Berlin vorstellten.

Höfer forderte die Politik auf, den Bürgern reinen Wein über kommende Lasten einzuschenken. Die Pflegelücke wird durch mehr private Selbstbeteiligung und die Sozialhilfe geschlossen werden müssen. „Private Haushalte müssen rechtzeitig wissen, was sie von der gesetzlichen Pflegeversicherung erwarten können, um im Alter abgesichert zu sein und ihr Vorsorgeverhalten rechtzeitig darauf einzurichten.“ Die Ergänzung der umlagefinanzierten Gesetzlichen Pflegeversicherung durch eine private kapitalgedeckte Vorsorge sei unausweichlich.

Die Studie von Professor Schnabel im Auftrag der INSM macht die Dimension deutlich, um die es geht: Danach steigt die Zahl der 

INITIATIVE EXPRESS

Vollzeitbeschäftigten in der Pflege von heute 545 000 auf über eine Million im Jahr 2030 und auf 1,8 Millionen im Jahr 2050. Grund für den hohen Jobbedarf in der professionellen Pflege ist zum einen die rasant ansteigende Zahl von Hochbetagten in der Gesellschaft. Zum anderen brauche man aber auch mehr Pflegeprofis, weil in den Familien die Bereitschaft schwinde und die Angehörigen fehlen, Senioren zu Hause zu betreuen. Dies wiederum lasse die Ausgaben für professionelle Pflege noch stärker wachsen als dies durch die zunehmende Pflegedürftigkeit ohnehin bereits der Fall sei. Die Kosten, so Schnabel, würden jährlich um 3 Prozent steigen. Bis zum Jahr 2020 wird nach seiner Studie der Markt für professionelle Pflege auf 38 Milliarden Euro anwachsen, 2030 auf 48 Milliarden Euro und bis 2050 auf 72 Milliarden Euro.

Professor Schnabel untersuchte auch, was passieren würde, wenn die Gesetzliche Pflegeversicherung nicht zukunftsfest reformiert wird: Heute beläuft sich die Finanzierungslücke in der GPV auf circa 8 Milliarden Euro, im Jahr 2030 werden die Ausgaben bei nahezu 48 Milliarden Euro liegen, von denen die gesetzliche Pflegeversicherung lediglich 32 Milliarden Euro übernimmt. Die Gesetzliche Pflegeversicherung könnte ihr heutiges Leistungsniveau nur um den Preis erheblich steigender Beitragssätze halten. Dazu müsste der Pflegebeitrag auf 3 bis 5,5 Prozent steigen, was keiner will. Derzeit liegt der Beitrag bei 1,7 Prozent des Bruttoeinkommens, Kinderlose zahlen einen Zuschlag von 0,25 Prozent.

Unternehmerpodium von Bionade über Loewe bis Rodenstock: Würzburger Manifest will Deutschland wettbewerbsfähiger machen

Würzburg – Zum informellen EU-Ministerratstreffen war die INSM am 26. April mit einem prominent besetzten Unternehmer-Podium in der fränkischen Universitätsstadt präsent. Zu dieser Veranstaltung in Kooperation mit der Tageszeitung Main Post hatte Randolph

Rodenstock, Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, vbw, ein Würzburger Manifest vorbereitet, das den inhaltlichen Auftakt für ein prominent besetztes Podium vor rund 500 Zuschauern im Cinemaxx-Kino markierte. Das Manifest stellte „Weichen für mehr Wettbewerbsfähigkeit“ vor – Entscheidungsempfehlungen eines Unternehmers an die Politik, damit mehr Wachstum und Beschäftigung möglich werden.



Expertentreffen in Würzburg: Randolph Rodenstock (Mitte) im Gespräch mit Schweinfurts Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser und Loewe-Chef Dr. Rainer Hecker.

„Die deutsche Wirtschaft ist stark“ betonte Rodenstock in dem Papier, doch: „Damit Deutschland auch in Zukunft eine erfolgreiche Volkswirtschaft sein kann, müssen jetzt die Weichen für mehr Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliches Wachstum gestellt werden.“ Das Papier fordert unter anderem nach der Rentenreform zu einer mutigen Pflegereform auf: „So sichern wir unseren Sozialstaat und entlasten gleichzeitig den Faktor Arbeit.“

Rodenstocks Manifest macht sich auch stark für eine bessere Bildung: „Die bisherigen Anstrengungen reichen nicht aus, wie internationale Leistungsvergleiche zeigen.“ Bund und Länder müssten mehr in die Bildung investieren und mehr Leistungswettbewerb zulassen. Auch der aktuellen Klimadebatte widmet sich das Papier. „Deutschland braucht Innovationen, um dem Klimawandel zu begegnen“ – mit Unterstützung der Politik wolle die Industrie innovative, Ressourcen sparende Technologien entwickeln und diesen „international zum Durchbruch verhelfen“. >



Podiumsgespräch: (von links) Main Post-Geschäftsführer Daniel Brandstätter, Rainer Hecker, Randolph Rodenstock, Gudrun Grieser, Oswald Metzger und Peter Kowalsky.

INITIATIVE EXPRESS

„Wir setzen darauf, dass bürokratische Hürden weiter abgebaut werden, damit sich unternehmerischer Geist und Tatendrang entfalten können.“ Mit diesem Satz sprach der vbw-Präsident ein Problem an, das vielen Unternehmern in Deutschland unter den Nägeln brennt: die Regulierung und das Ausmaß an Verwaltung, das der Staat der Wirtschaft aufzwingt.

Dass es zum Beispiel in den Niederlanden auch mit wesentlich weniger Verwaltungsaufwand geht, zeigte der Dokumentarfilmer Günther Ederer in einem Kurzfilm. Die Sachbearbeiterin eines holländischen Unternehmens berichtet darin, dass sie die Steuererklärung einfach per Mausklick erledigt.



Mit diesem Plakatmotiv warb die INSM in Würzburg für Bürokratieabbau.

Im Stadtzentrum von Würzburg hatte die INSM Plakate anbringen lassen, um die Rodenstocksche Reformbotschaft auch optisch zu transportieren. „Wirtschaft braucht Freiheit“, stand in großen Lettern über einem Bildmotiv, das einen Stacheldrahtzaun zeigt, dessen Dornen die Form von Paragraphen haben. Die Botschaft an die EU-Politiker in der Stadt: „Europa von den Fesseln der Bürokratie befreien.“

Die Veranstaltung fand statt unter der Überschrift: „Wettbewerb - Wachstum - Wohlstand“. Weitere Teilnehmer an diesem von Main Post-Geschäftsführer David Brandstätter und Wirtschaftsredakteur Michael Deppisch moderierten Podium waren außer Randolph Rodenstock die Unternehmer Rainer Hecker, Vorstandsvorsitzender der Loewe AG (Kronach) – er brachte sein Unternehmen nach schweren Turbulenzen gemeinsam mit seiner Belegschaft wieder nach vorn –, Peter Kowalsky, Mittelständler des Jahres, Geschäftsführer der Bionade GmbH (Ostheim vor der Rhön) – er schuf mit Bionade ein international nachgefragtes neues Kultgetränk.

Die Politik vertraten Oswald Metzger, MdL, früherer Haushaltsexperte der Bundestagsfraktion B90/Die Grünen und Berater der INSM, sowie Gudrun Grieser, Oberbürgermeisterin von Schweinfurt. Ihre metallindustriell geprägte Stadt hatte im jüngsten Prognos-Ranking bei der Dynamik vorn gelegen.



Mehr zur Veranstaltung finden Sie hier:

http://www.insm.de/Presse/Presseresonanz/Presseresonanz/Veranstaltungsrueckblick_Main_Post_Initiative_Neue_Soziale_Marktwirtschaft_INSM.html

Schattenwirtschaft 1:

Bürokratie und Mehrwertsteuererhöhung bringen mehr Schwarzarbeit

Köln/Berlin – Würde in Deutschland konsequent Bürokratie abgebaut, so könnten eine halbe Million reguläre Jobs aus der Schattenwirtschaft heraus entstehen. Das war eine der überraschenden Zahlen, die die INSM am 8. März auf einer Pressekonferenz mit dem Experten Professor Friedrich Schneider (Universität Linz) präsentierte. „Der Normenkontroll-Rat, der die Bürokratiekosten von Gesetzen unter die Lupe nehmen soll, könnte sich damit als wirksame Waffe gegen die Schattenwirtschaft entpuppen“, erklärte INSM-Geschäftsführer Dieter Rath bei diesem Pressetermin. Die Politik müsse nun schleunigst ernst damit machen, die Bürokratie um 25 Prozent zu kappen, damit diese neuen legalen Beschäftigungsverhältnisse entstehen können.

Professor Schneider machte bei diesem Pressetermin der INSM zudem die Mehrwertsteuererhöhung für den Anstieg der Schwarzarbeit in Deutschland verantwortlich. Für dieses Jahr erwartet er „einen leichten Anstieg der in der Schattenwirtschaft gemachten Umsätze auf ein Gesamtvolumen von 349 Milliarden Euro. Das entspreche etwa 14,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.“

INITIATIVE EXPRESS



Schwarzarbeit gilt in Deutschland vielen als Kavaliersdelikt.

Die INSM präsentierte zudem eine TNS Emnid-Umfrage. Danach hat gut jeder fünfte Deutsche im vergangenen Jahr an der Steuer vorbei gearbeitet. Das Schuldbewusstsein dabei ist eher gering, so die Umfrage. Rund ein Viertel aller 1000 Befragten sieht Schwarzarbeit als Kavaliersdelikt, und jeder Fünfte schätzt das Risiko erwischt zu werden trotz intensiver Kontrollen der Schwarzarbeit als gering ein. Die staatlichen Kontrolleure jedenfalls fürchten viele jedenfalls nicht. Die Umfrage ergab: Jeder vierte schätzt die Wahrscheinlichkeit als gering ein, dass Schwarzarbeiter erwischt werden.

Schattenwirtschaft 2:

Ein Mindestlohn vertreibt die Menschen vom regulären Arbeitsmarkt

In einer aktualisierten Berechnung haben Professor Schneider und der IW-Forscher Dominik Enste am 24. April neue Zahlen vorgelegt, die belegen, dass ein staatlicher Mindestlohn von 7,50 Euro die Schattenwirtschaft um weitere 25 Milliarden Euro anschwellen lassen könnte. Die befürchtete 7-prozentige Steigerung begründet Professor Schneider folgendermaßen: „In der aktuellen Debatte um die Einführung eines Mindestlohns wird ein Stundenlohn von bis zu 7,50 Euro gefordert. Die niedrigsten Tariflöhne liegen je nach Region und Branche drei Euro und mehr darunter. Wenn der Gesetzgeber die Unternehmen nun verpflichten würde, fast das Doppelte zu bezahlen, drohen viele Jobs im Handwerks- und Dienstleistungsbereich in die Schattenwirtschaft abzuwandern.“ Den Anteil derer, die dann lieber an Fiskus und Sozialkassen vorbei arbeiten gehen, ermittelten Enste und Schneider unter anderem auf Basis von Umfrageergebnissen, mit denen sie die grundsätzliche Bereitschaft zur Schwarzarbeit ermittelt hatten.

Schattenwirtschaft 3:

INSM-Umfrage zum Weltfrauentag: Steuerehrlichkeit ist weiblich



„Frauen sind bei der Steuererklärung ehrlicher.“ Unter diesem Titel verbreitete die Tageszeitung WELT

am Weltfrauentag, 8. März, Umfrage-Ergebnisse von TNS Emnid im Auftrag der INSM. Auch viele andere Medien verbreiteten die positive Botschaft: Nur jede siebte Frau nimmt es bei der Steuerklärung nicht so genau, bei den Männern ist es jeder Vierte. Und: Männer ergreifen nach dieser Studie fast doppelt so häufig wie Frauen die Gelegenheit, schwarz zu arbeiten, wenn sich die Chance bietet, ein paar schnelle Euro an Steuer- und Sozialkassen vorbei in die eigene Tasche zu wirtschaften. Dominik Enste, Wirtschaftsethiker am Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), erklärt den „weiblichen Ehrlichkeits-Vorsprung sozioökonomisch“: „Frauen waren und sind die Aktiveren, wenn es um Familiensozialisation und Erziehung geht. In dieser Rolle setzen sie die moralischen Standards und sind an deren Einhaltung interessiert.“

Merkelmeter – die wissenschaftliche Politik-Analyse von INSM und WirtschaftsWoche:

Aufschwung: Die Große Koalition müsste mehr draus machen!

Köln/Berlin – Mit der Unternehmenssteuerreform hat die Große Koalition ein bisschen Boden gewonnen. Positiv wird im jüngsten Update der Dauerstudie Merkelmeter, das Professor Michael Hüt- >



Professor Dr. Michael Hüther, Berater der INSM, stellt der Bundesregierung mit dem Merkelmeter regelmäßig ein Leistungszeugnis aus.

INITIATIVE EXPRESS

her, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) am 11. März vor Journalisten in Berlin präsentierte, auch die Einführung der Rente mit 67 bewertet. Hüther, dessen Institut die Politikanalyse Merkmeter seit der Bundestagswahl 2005 im Auftrag von WirtschaftsWoche und Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft erstellt, fordert jedoch entschlossener Reformen der Große Koalition. Sie sei selbst noch „zu wenig Motor“ des aktuellen Aufschwungs. Hüther wörtlich: „Mit Trippelschritten kann man keine großen Sprünge machen – zumal dann nicht, wenn man sozialpolitisch – im Gesundheitswesen Rückschritte macht.“ Die Bundesregierung müsse nun „durch weitere beschäftigungs- und wachstumsfördernde Reformen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Deutschland auf mittlere Sicht auch einen hausgemachten Aufschwung erleben kann“. Man könne sich nicht auf längere Sicht nur darauf verlassen, dass die Weltkonjunktur robust bleibe.

Hüther verlangt, dass der Arbeitsmarkt weiter von Beschäftigungshemmnissen befreit wird. Und er forderte die Bundesregierung zu mehr Entschlossenheit beim Schuldenabbau auf: Die Bundesregierung müsse „für den Haushalt 2009 verbindlich ein Ende der Neuverschuldung anstreben“.

Wie viel die Koalition aus volkswirtschaftlicher Sicht noch zu tun hat, dokumentiert der aktuelle Stand des Merkmeters: 6,9 von 100 theoretisch möglichen Prozentpunkten. Diese 100 Prozent markieren ein Reformoptimum, das Hüthers Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) vor der Wahl 2005 in einem Maßnahmenkatalog definiert hatte.

P. S. Zwar glaubt auch Professor Hüther, dass Deutschland sich bis zum planmäßigen Neuwahltermin im Herbst 2009 in Richtung drei Millionen Arbeitslose bewegen könne. Aber, so stellt nicht nur er fest: Das Übel der Massenarbeitslosigkeit ist auch mit einer Drei vor dem Komma der Nürnberger Millionenstatistik nicht gebannt. Lesen Sie mehr: www.merkmeter.de

INSM-Interview mit Dr. Eberhard von Koerber:

Vizepräsident des Club of Rome sieht Klima- und Umweltpolitik als Chance für neue Jobs

Zürich/Köln - In einem Interview für www.insm.de forderte Dr. Eberhard von Koerber, Vizepräsident des Club of Rome und Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die deutsche Politik zu mehr Nachhaltigkeit auf. „Nachhaltigkeit im Sinne von langfris-

tigem und weitsichtigem Handeln hat schon lange keine erkennbare Priorität in der Politik“, kritisierte von Koerber. „Großen Handlungsbedarf“ sieht er in „drei Bereichen: Haushalt, Kosten der Sozialsysteme und Ressourcenkonsum“.

Die Politik müsse die Staatsverschuldung in der aktuell guten Konjunkturlage und vor dem Hintergrund sinkender Arbeitslosenzahlen

konsequent abbauen. Die Tatsache, dass Deutschland das Maastricht-Defizitkriterium wieder erfüllt, sei für sich genommen noch kein Grund zur Freude, die „viele Haushaltspolitiker“ zurzeit vermitteln: „Gern übersehen wird dabei, dass auch bei ein bis zwei Prozent Defizit der Schuldenberg weiter wächst. Nur eben etwas langsamer.“

Von Koerber belegte seine Forderung nach entschlossenem Handeln auch am Beispiel der Sozialsysteme, wo konsequente Reformen lange ausblieben: „Der Bundeszuschuss zur Rentenkasse macht mit 78 Millionen Euro rund ein Drittel des Gesamtetats aus und ist neun mal so hoch wie die 8,5 Milliarden, die für die zukunftsorientierten Bereiche und Forschung veranschlagt sind.“



Dr. Eberhard von Koerber, Vizepräsident des Club of Rome, unterstützt die INSM.



Von Koerber-Interview auf www.insm.de.

Er verlangte zudem die konsequente Fortsetzung einer „Politik, die klima- und umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen fördert“. Dies schaffe Arbeitsplätze und Zukunftschancen für die deutsche Wirtschaft. Hier könnten im kommenden Jahrzehnt mehr Menschen beschäftigt sein als in der Autoindustrie.

Lesen Sie mehr im neuen INSM-Dossier Nachhaltigkeit: <http://www.insm.de/Reformpolitik/Nachhaltigkeit.html> >

INITIATIVE EXPRESS

Online-Interview mit dem Kuratoriumsvorsitzenden der INSM:

Tietmeyer lobt Reformansätze der Bundesregierung: Zwei bis drei Prozent Wachstum erreichbar

Frankfurt – In einem Ende März geführten Online-Interview hat sich der frühere Bundesbankpräsident Professor Dr. Hans Tietmeyer optimistisch gezeigt, dass Deutschland auch auf mittlere Sicht zu mehr Wachstum und Beschäftigung kommen könne. Einige Reformen begännen zu wirken, sagte er. „Ob sich das Wachstum in Deutschland fortsetzt, hängt entscheidend davon ab, ob die weltwirtschaftlichen Bedingungen, die derzeit so günstig sind, auf Dauer freundlich bleiben und ob die Reformen fortgeführt würden. „Die Bundesregierung versucht das“, so Tietmeyer. Und das könne dafür sorgen, dass Investoren mehr Vertrauen in den Standort gewinnen. Dadurch biete sich die Chance, dass das positive Wachstum zu einem nachhaltigen Aufschwung werden könne.

Allerdings mahnte der frühere Bundesbankpräsident weitere Strukturreformen vor allem am Arbeitsmarkt und in der Sozial- sowie Finanzpolitik an. „Die Entwicklung geht sicher in die richtige Richtung. Zufrieden sein können wir aber natürlich erst dann, wenn wir ein eigendynamisches Wachstum bekommen, weil nur das dafür sorgen kann, dass sich auch die Lage am Arbeitsmarkt nachhaltig bessert. Wir brauchen nicht nur für ein oder zwei Jahre, sondern über längere Zeit ein Wachstum, das deutlich über zwei Prozent liegen sollte.“ Damit bliebe Deutschland immer noch deutlich hinter dem weltweiten Wachstum zurück, erklärte Tietmeyer.



Professor Hans Tietmeyer, Kuratoriumsvorsitzender Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, im Gespräch.

Die aktuell so positive Entwicklung sei „durch drei positive Faktoren beeinflusst worden. Erstens: die erfolgreiche Sanierung und Restrukturierung vieler Unternehmen in den letzten Jahren. Zweitens war die Lohnentwicklung in Deutschland in den letzten Jahren insgesamt erfreulicherweise zurückhaltend; das hat die internationale Wettbewerbssituation der deutschen Wirtschaft verbessert. Die Lohnzurückhaltung wird als eine Hauptursache für den Aufschwung auch im aktuellen IfW-Gutachten ausdrücklich gewürdigt. Drittens wirken sich auch die bisherigen Reformen inzwischen positiv aus. Sie müssen aber noch weitergeführt werden“.

Das ganze Interview lesen Sie im INSM-Dossier Wachstum: <http://www.insm.de/Reformpolitik/Wachstum.html?view=60413>

Forum Föderalismus von Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und WirtschaftsWoche:

Peter Müller und Günther Oettinger – Arm und Reich debattierten übers Geld



Podium beim Forum Föderalismus: Saarlands Regierungschef Peter Müller im Gespräch mit Wiwo-Vize Klaus Methfessel. Rechts Günther Oettinger.

Die zweite Stufe der Föderalismusreform (die, in der es vor allem ums Geld geht) war am 29. Januar Thema beim „2. Forum Föderalismus“ von INSM und WirtschaftsWoche. Mit Peter Müller, Ministerpräsident des Saarlandes, und Baden-Württembergs Regierungschef Günther Oettinger standen sich vor mehr als 300 Zuschauern im Berliner Hotel Marriott zwei Länderpolitiker gegenüber, die beide Seiten der Debatte repräsentieren: Müller regiert eines der ärmsten Bundesländer, Oettinger das reiche Baden-Württemberg. „Die kleine Probe der großen Reform kam mit schmaler Besetzung aus“, schrieb der SPIEGEL in einem Bericht über den Auftritt der beiden Regierungschefs, der unter Moderation von WiWo-Vize Klaus Methfessel stattfand. Zitat aus dem Bericht: „Peter, der Arme, machte gleich zu Beginn klar, sein Saarland sei nur zu retten, wenn die Altschulden gestrichen würden. Günther, der Reiche, pestete gegen das hochverschuldete Berlin: Er sehe nicht ein, dass Deutschland an die EU Strafen zahle, „nur weil der Wowereit in Berlin Party macht.“ Die Sache hatte ein Nach- >

INITIATIVE EXPRESS

spiel, wie der SPIEGEL berichtete: Berlins Finanzsenator habe dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten einen persönlichen Brief geschickt, in dem er dessen „Tiefschläge“ beklagte.



Das Rollenspiel der beiden Regierungschefs war nach Einschätzung des SPIEGEL ein „Vorspiel zu jenem politischen Gefecht, das die Republik in den nächsten Monaten beschäftigen wird“: die zweite Stufe der Föderalismusreform, im Amtsdeutsch: die „Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen“. Die Frage

der Länderfinanzen war in der ersten Stufe des Reformwerks weitgehend ausgespart worden. „Die INSM tritt hier für eine Entflechtung ein, um einen Wettbewerb zwischen den Bundesländern zu ermöglichen, der nicht sogleich wieder durch den Länderfinanzausgleich ausgehebelt wird.“

P. S. Dass arm nicht gleich schlecht sein muss, dokumentierte sich im jüngsten Bundesländer-Ranking der INSM, bei dem der saarländische Ministerpräsident wegen der überragenden Wirtschaftsdynamik seines Landes als Ministerpräsident des Jahres ausgezeichnet wurde. Die Siegererehrung wurde beim zweiten Forum Föderalismus in Berlin gleich mit erledigt.

Gleichwohl bleibt das Saarland ein Bundesland mit großen Problemen. Diese werden vor allem durch eine aus der Vergangenheit übernommene hohe strukturelle Verschuldung verursacht. Deshalb reichte es im Bestandsranking der INSM, das die absolute Stärke bzw. Schwäche der Bundesländer dokumentiert, auch nur für einen sechs-



Will nicht „Wowis Partys“ finanzieren: Engagiert vertrat Günther Oettinger (rechts) beim Forum Föderalismus vor WiWo-Redakteur Methfessel und seinem saarländischen Kollegen Peter Müller die Interessen seines Bundeslandes.



Siegerehrung: Aus der Hand von Hans Tietmeyer erhielt Peter Müller die Siegetrophäe für das Bundesländer-Ranking 2006.

ten Platz. Stärkeren föderalen Wettbewerb mit mehr Eigenverantwortung und weniger Finanzausgleich zwischen reichen und armen Regionen in Deutschland will Müller denn auch nur mit Einschränkungen: „Ich bin dafür, allerdings nur, wenn jeder gleiche Startbedingungen hat.“ Für die kleineren und schwächeren Bundesländer sei besonders der finanzpolitische Wettbewerb, beispielsweise über unterschiedliche Steuersätze, problematisch.

Links:

Bundesländer-Ranking 2006: http://www.insm.de/Presse/Pressemeldungen/Pressemeldungen/Pressemeldung_zum_INSM-Bundeslaenderranking_2006.html

Veranstaltungsrückblick 2. Forum Föderalismus:

http://www.insm.de/Veranstaltungen/Rueckblick_2007/Rueckblick_2007/Veranstaltungsrueckblick_Die_Ministerpraesidenten_Mueller_und_Oettinger_debattieren_ueber_die_zweite_Stufe_der_Foederalismusreform.html

INSM-Streitgespräch zweier Antipoden in der Sozialdebatte:

Kirche vs. Gewerkschaft – mehr Eigenverantwortung vs. Staatliche Fürsorge

„Als erstes sollten wir den Staat aus der Verantwortung für unser Lebensglück entlassen“, schreibt Notker Wolf, Abtprimas des Benediktiner-Ordens und damit Chef von rund 800 Benediktiner-Abteien mit 25 000 Nonnen und Mönchen weltweit, in seinem Buch „Worauf warten wir? Ketzerische Gedanken zu Deutschland“. Die Berliner Tageszeitung und die INSM luden den klerikalen Querdenker am 19. Dezember zum Streitgespräch mit Ursula Engelen-Kefer ins Rote Rathaus Berlin. Engelen-Kefer war bis März 2006 Vizechefin des Deutschen Gewerkschaftsbundes und gilt vielen als Bewahrerin eines Sozialstaates bisheriger Prägung. ➤

INITIATIVE EXPRESS



Dr. Ursula Weidenfeld, stellvertretende Chefredakteurin des Berliner Tagesspiegel, und rbb-Moderator Andreas Schneider führten durchs Programm.

Szenenapplaus unter den rund 350 Zuschauern erhielt der Mönch für den provozierenden Satz: „Die Leute bei uns suchen die Bequemlichkeit. Sie rufen nach dem Staat und wollen ihr kindliches Leben weiterführen.“ Sozialleistungen verhindern laut Notker Wolf die Eigeninitiative der Menschen. Die Ursache, warum die Menschen nicht aus diesem Käfig der Bequemlichkeit herausfinden können, sieht Wolf in der 68er-Bewegung: „Die Studentenrevolte hat sich zu Recht gegen das erstarrte System der 60er Jahre aufgelehnt – aber leider ein leistungsfeindliches System an seine Stelle gesetzt, das uns heute behindert.“ Wolf weiter: „Wir müssen wieder lernen, dass Arbeit etwas Gutes ist, etwas, das Spaß macht und Erfüllung bringt.“

Den Menschen sei bereits „viel abverlangt worden“, hielt die Gewerkschafterin Ursula Engelen-Kefer dagegen. Es sei die Aufgabe des Staates, „sich um die Schwachen zu kümmern“. Allerdings räumte auch



Gewerkschafterin Ursula Engelen-Kefer vertritt den Standpunkt, dass der Staat sein Engagement für die Schwachen nicht zurückfahren dürfe.

die Gewerkschafterin im Tagesspiegel-Interview ein: „Natürlich hat es Entwicklungen gegeben, die nicht gut waren, die wir uns heute nicht mehr leisten können.“

Die INSM wird den konstruktiven Dialog in weiteren „Streitgesprächen“ fortsetzen, die sich mit weiteren Reformfeldern beschäftigen (siehe auch „Duell Alt gegen Jung“:

Blüm contra Mißfelder, Seite 6).

Einen Rückblick auf die INSM-Veranstaltung mit Notker Wolf und Ursula Engelen-Kefer finden Sie hier.

http://www.insm.de/Veranstaltungen/Rueckblick_2006/Rueckblick_2006/Veranstaltungsrueckblick_Abtprimas_Dr._Notker_Wolf_diskutiert_mit_Dr._Ursula_Engelen-Kefer.html



Abtprimas Dr. Notker Wolf will Leistung und Eigenverantwortung stärker in den Vordergrund rücken.

Meldungen:

Sonderheft von Focus Money zu einem brisanten Thema:

„Etikettenschwindel“ Abgeltungssteuer

„Stoppt die(se) Abgeltungssteuer“. Mit dieser Schlagzeile erschien im Februar in den Magazinen Focus und Focus Money mit Unterstützung der INSM ein Beihefter, der sich mit der neuen pauschalen Steuerart beschäftigte. Damit schalteten sich Focus Money und die INSM in die zu diesem Zeitpunkt heftig geführte Debatte um die Abgeltungssteuer ein, die am 14. März im Bundeskabinett zur Beratung anstand. „Richtig angewendet“, so Focus Money-Chefredakteur Frank Pöpsel in seinem Editorial, sei „gegen die Abgeltungssteuer nichts einzuwenden“. Denn die pauschale Steuer erspare die komplizierte Steuererklärung und Hader mit dem Finanzamt. >



INITIATIVE EXPRESS

Fatal wirke die neue Steuer dadurch, dass sie als verdeckte Kursgewinnsteuer auf Aktien konzipiert sei – und damit langfristiges Vorsorgesparen, etwa mit Aktien und Investmentfonds, belaste. INSM-Berater Johann Eekhoff, Wirtschaftsprofessor an der Uni Köln, nannte die (im Gesetzgebungsprozess unterdessen nachgebesserte) Abgeltungssteuer „ökonomisch schädlich“. Eines seiner Argumente: Hier finde eine Doppelbesteuerung statt. Zuerst besteuere man die Unternehmen mit einer Körperschaftsteuer von voraussichtlich 15 Prozent. Und dann fielen mit der Abgeltungssteuer noch einmal Steuern an, wenn Dividende an den Aktionär ausgeschüttet werde: eben 25 Prozent pauschal. Wie gesagt: Unterdessen hat die Regierung die Abgeltungssteuer nachgebessert...

„Klassiker der Ökonomie“:

Von Karl Marx bis Ludwig Erhard – die ganze Welt der Volkswirtschaftslehre in 15 Abstracts

Das Taschenbuch „Klassiker der Ökonomie“, Band 611 der Bundeszentrale für politische Bildung, bietet auf 302 Seiten einen Abriss der wichtigsten Wirtschaftstheoretiker. Kurze Abstracts präsentieren 15 Hauptwerke der Volkswirtschaftslehre: vom englischen Liberalen Adam Smith bis zu Amartya Sen, dem Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften von 1998. Michael Hüther, Kurator der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), erinnert in seinem Vorwort an die Entstehungsgeschichte dieser



Publikation: Die „Grundlegung des Projektes“ fand statt in einer Kooperation der Financial Times Deutschland und der INSM. Von Herbst 2004 bis Frühjahr 2005 hatte die FTD mit ihren Ausgaben Kurzfassungen der Ökonomie-Klassiker veröffentlicht, die vom renommierten Verlag „getAbstract“ erstellt worden waren. Das Buch soll diese Inhalte – ergänzt durch Kommentare prominenter Autoren wie Michael Straubhaar – einer noch breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen.

Ökonomie-Klassiker kostenlos bei der INSM bestellen:

http://www.insm.de/Datenpool/Tagesnachrichten/Archiv/Klassiker_der_Oekonomie__22.2.2007.html

Ein Schnupperkurs in Sachen Ökonomie:

Das kleine 1 x 1 der Sozialen Marktwirtschaft

Die INSM-Broschüre „Das kleine 1 x 1 der Sozialen Marktwirtschaft“ richtet sich an Leser, die mit dem Thema Wirtschaft bisher noch wenig vertraut sind. Auf unterhaltsame und allgemein verständliche Weise wird erklärt, wie die Soziale Marktwirtschaft funktioniert und wie Wettbewerb zum Nutzen aller wirkt. Das Heft thematisiert anschaulich und kompakt die aktuellen Probleme in unserem Wirtschafts- und Sozialsystem und zeigt auf, was mehr Wachstum und Beschäftigung entgegensteht. Behandelt werden auch Arbeitsplatzverlagerungen ins Ausland und die in der Öffentlichkeit oft umstrittenen Gewinne der Unternehmen. Aktien und Börse sind Thema eines Erklärstücks. Zum Schluss widmet der Autor auch der Globalisierung ein Kapitel.

Kostenlos bei der INSM bestellen: http://www.insm.de/Publikationen/themenubergreifend/Das_kleine_1_x_1_der_Sozialen_Marktwirtschaft.html



Titelstory in der BamS:

Der INSM-Merkelrechner macht Karriere

„So teuer wird 2007 wirklich für Sie.“ Die Bild am Sonntag machte am 17. Dezember 2006 den Merkel-Rechner der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) zur Titelstory. Das bereits im letzten InitiativeExpress vorgestellte wissenschaftlich erstellte Online-Tool ermöglicht es jedem Internet-User, mit wenigen Mausklicks auszurechnen, wie sich die von der Großen Koalition beschlossenen Änderungen – höhere Mehrwert- und Versicherungssteuer, höhere Beiträge für Renten- und Krankenversicherung, niedrigerer Beitrag für Arbeitslosenversicherung usw. – auf den ganz persönlichen Geldbeutel auswirken. Der



Rechner bietet darüber hinaus einen Vergleich mit der Abgabenlast der rot-grünen Bundesregierung des Jahres 2005 und der Regierung unter Ludwig Erhard im Jahr 1966. >

INITIATIVE EXPRESS

Das Interesse am Merkelrechner der INSM ist gewaltig. Bisher wurden rund eine halbe Million Zugriffe gezählt.

Link: www.insm.de oder www.insm-merkelrechner.de.

Newsletter von Focus Money:

„Wir erklären die Wirtschaft“

Die INSM unterstützt die Aktion „Wir erklären die Wirtschaft“ als Partner von Focus Money. Der monatlich erscheinende PDF-Newsletter richtet sich an Schüler und Lehrer und klärt über die komplexe Welt der Wirtschaft auf. Angeboten wird schülergerecht aufgemachtes Basiswissen über wirtschaftliche Themen. Focus Money-Chefredakteur Frank Pöpsel über das Projekt:



„Um ehrlich zu sein: Ich selbst habe das Fach Wirtschaft in der Schule abgewählt – ich wollte keine Definitionen pauken, sondern Zusammenhänge verstehen. Später habe ich dann doch Volkswirtschaft studiert und konnte feststellen: Der Blick hinter die Kulissen lohnt. Wirtschaft macht Spaß!“ Den will der E-Newsletter von Focus Money Lehrern und Lernenden vermitteln. Themen der April-Ausgabe unter anderem: Der „Klimawandel und die Wirtschaft“ und „Strategien gegen die Schuldenfalle“. In diesem Fall ist übrigens nicht die staatliche gemeint, sondern die der Schüler – z. B. durch hohe Handyrechnungen oder Fast Food. Die E-Paper wurden inzwischen fast 7000 mal heruntergeladen.

Link: <http://www.focus-magazin-verlag.de/PF4/PF4D/pf4d.htm?nav=142&unt=226>

Neue INSM-Internet-Dossiers:

Von frühkindlicher Bildung über Nachhaltigkeit bis Soziale Marktwirtschaft

Dossier Demografie: Professor Axel Börsch-Supan sieht im Demografischen Wandel „Chancen“ für Deutschland und warnt vor Katastrophenszenarien. Lesen Sie im neuen INSM-Dossier Demografie, was der international renommierte Experte zur gesellschaftlichen Alterung in Deutschland sagt und welche



Maßnahmen er für nötig hält, damit diese Herausforderung erfolgreich gemeistert werden kann.

Maßnahmen er für nötig hält, damit diese Herausforderung erfolgreich gemeistert werden kann.

Link: <http://www.insm.de/Reformpolitik/Demografie.html>

Dossier Gesundheit: Das deutsche Gesundheitssystem ist ineffizient. Seit Jahrzehnten nehmen die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) stetig zu und verteuern den Faktor Arbeit. Die verunglückte Gesundheitsreform der Großen Koalition wird die Probleme und den Kostendruck weiter verstärken. Das Dossier Gesundheit informiert über die bisherigen Reformschritte der Politik und bietet wissenschaftlich fundiert eine Perspektive, wohin die Reise eigentlich gehen müsste, damit das Gesundheitswesen zukunftssicher erneuert wird – zu mehr Eigenverantwortung und Wettbewerb als Voraussetzungen für eine weiterhin hohe Qualität in der Medizin.



Link: <http://www.insm.de/Soziales/Gesundheit.html>



Dossier Kindergarten & Co.: Entstanden ist dieses Dossier aus einer Kooperation der INSM mit der Zeitschrift ELTERN (vgl. InitiativeExpress 03/2006). Gemeinsame

Position beider Partner: Bildungsinvestitionen im frühkindlichen Alter zahlen sich besonders gut aus. Hier muss in Deutschland mehr geschehen, um das frühkindliche Lernfenster besser zu nutzen. Lesen Sie, was Eltern und Fachleute über das Thema denken und warum sich ein kostenloser Kindergartenbesuch für alle rechnen würde.

Link: http://www.insm.de/Bildung/Kindergarten__Co..html

Dossier Nachhaltigkeit: Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind gerade in jüngster Zeit stärker in die Schlagzeilen geraten. Das INSM-Dossier Nachhaltigkeit spannt den Bogen von der Ökodiskussion über die erforderliche nachhaltige Finanz- und Sozialpolitik bis hin zu den Job- und Wachstumschancen, die ein konsequenter Ausbau der Umweltindustrie bringen kann. Lesen Sie dazu auch ein Interview mit dem Vizepräsidenten des Club of Rome, Dr. Eberhard von Korber, der sich ehrenamtlich als Botschafter für die INSM engagiert.



Link: <http://www.insm.de/Reformpolitik/Nachhaltigkeit.html> >

INITIATIVE EXPRESS

Dossier Pflege: Die Bürger kommt die Unfähigkeit der großen Koalition, sich auf eine Reform der Pflegeversicherung zu einigen, teuer zu stehen. Jeder Tag, an dem die



Politiker es nicht schaffen, sich auf eine solide Finanzierung zu einigen und an dem sie die notwendige Reform weiter verschleppen, kostet 29 Millionen Euro. Das neue INSM-Dossier Pflege informiert unter anderem über die Demografiefalle, in der sich die Pflegeversicherung - wie auch andere soziale Sicherungssysteme - befindet, weil eine alternde Gesellschaft wachsende Ansprüche zur Folge hat. Hier ist auch mehr zu erfahren über den aktuellen Stand der politischen Debatte um die Reform der Pflegeversicherung, die Notwendigkeit, Pflegerisiken über Kapitaldeckung abzusichern.

Link: <http://www.insm.de/Soziales/Pflege.html>

Dossier Soziale Marktwirtschaft: Die Soziale Marktwirtschaft ist eine deutsche Weltmarke. Das Erfolgsmodell wird in diesem Jahr 60 Jahre alt. Den Siegeszug trat die So-



ziale Marktwirtschaft an, als sie von Ludwig Erhard nach dem Krieg in der Bundesrepublik konsequent in die Tat umgesetzt wurde. Zeit für ein Rebranding von Ludwig Erhard. Lesen Sie im neuen INSM-Dossier, worauf sein Modell fußt und warum es heute aktueller denn je ist.

Link:

http://www.insm.de/Reformpolitik/Soziale_Marktwirtschaft.html

Dossier Studiengebühren:

Fünf Bundesländer haben bislang Studiengebühren eingeführt. Diese sind unter den Studenten wenig populär. Allerdings erhoffen Befürworter von Studienbeiträgen durch die Mehreinnahmen eine Verbesserung der Lehre an den chronisch klammen Hochschulen in Deutschland. Das INSM-Internet-Dossier Studiengebühren informiert unter anderem über die Pro- und Contra-Argumente in der noch immer erbittert geführten Debatte, die Chancen, die die Studienbeiträge auch für die Studierenden bringen können und gibt praktische Ratschläge, wie diese sich ihr Studium finanzieren können.



Link: <http://www.insm.de/Bildung/Studiengebuehren.html>

Impressum:

Initiative Express wird herausgegeben von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Konzept/Redaktion:

Carsten Seim, (0221) 4981 403; seim@insm.de

Fotos: dpa (6), Nikola (11), Main Post (2)

Vertrieb: Jan Loleit

Verantwortlich:

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Geschäftsführung: Max A. Höfer, Dieter Rath

Gustav-Heinemann-Ufer 84-88

50968 Köln

Telefon: (0221) 4981 401, Fax: (0221) 4981 406

E-Mail: info@insm.de

INITIATIVE EXPRESS

Initiative Express - künftig elektronisch!

Liebe Leserinnen und Leser,

viele von Ihnen haben den Newsletter und andere Publikationen der INSM bisher auf dem Postweg in gedruckter Form erhalten. Um Sie künftig noch schneller und auch in höherer Frequenz als bisher mit den aktuellsten Nachrichten unseres Reformnetzwerks versorgen zu können, werden wir diesen Initiative Express auf einen elektronischen Vertriebsweg umstellen. Sie bekommen diese Publikation somit als PDF per E-Mail. Der Weg dahin ist ganz einfach! Senden Sie uns dieses Formular ausgefüllt per Fax oder per Mail.

Name

PLZ/Ort

Funktion

Telefon

Redaktion

Fax

Straße/Nr.

E-Mail

Faxkontakt 0221/49 81 406

Mailkontakt: info@insm.de

**Sie können den elektronischen Newsletter auch online bestellen. Und zwar unter dem Link:
www.insm.de/Express**

Initiative zeigen für Reformen – die INSM im Internet

www.insm.de · www.merkelmeter.de · www.vision-d.de · www.merkelrechner.de · www.insm-tagebuch.de · www.insm-regionalranking.de
www.wirtschaftundschule.de · www.wassollwerden.de

Bitte ausfüllen und unterschrieben zurück an:

**Förderverein
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V.
Gustav-Heinemann-Ufer 84-88**

50968 Köln

Antrag auf Mitgliedschaft im Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V.

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft im Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. als

a) natürliche Person:

(Titel), Name, Vorname

Geburtsdatum Beruf

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Telefon Fax

E-Mail

b) juristische Person:

Anschrift der Firma (Anstalt, Körperschaft u.a.)

Vertreten durch (Titel), Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Telefon Fax

E-Mail

Die Satzung des Fördervereins Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. habe ich zur Kenntnis genommen und erkenne sie an.

Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von _____ Euro wird überwiesen/soll abgebucht werden.

Ich bin/wir sind damit einverstanden, dass die personenbezogenen Daten zum Zwecke der Gewährleistung der Vereinsarbeit vom Vorstand erhoben werden.

Ort, Datum

Unterschrift

Höhe der Mitgliedsbeiträge:

Der Mitgliedsbeitrag im Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. beträgt derzeit für

a) Privatpersonen/juristische Personen: 72,00 Euro pro Jahr

b) ermäßigte Privatpersonen*: 36,00 Euro pro Jahr

Es besteht die Möglichkeit, den Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. über den Mindestbeitrag hinaus zu unterstützen.

Bitte informieren Sie uns über den einzuziehenden Gesamtbetrag.

Die Mitgliedsbeiträge sind Jahresbeiträge und bis zum 31. März eines jeden Jahres an den Förderverein zu entrichten.

*Auf Antrag an den Vorstand wird für Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Auszubildende, Zivildienst- und Wehrdienstleistende der Mitgliedsbeitrag ermäßigt.

Bankverbindung:

Deutsche Bank AG, Köln

BLZ 370 700 60

Konto-Nr.: 666 666 3

Wir sind eine verhältnismäßig kleine Institution mit begrenzten Ressourcen. Deshalb müssen wir die Verwaltung des Fördervereins so zeitsparend wie möglich organisieren. Somit wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns gestatten, Ihren jährlichen Mitgliedsbeitrag per Bankeinzug abzubuchen.

Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V.

Einzugsermächtigung:

Hiermit ermächtige ich den Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. widerruflich, meinen Mitgliedsbeitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Beitrag (jährlich)

Telefon

(Titel) Name, Vorname

Fax

Geburtsdatum

E-Mail

Beruf

Geldinstitut

Straße, Hausnummer

Bankleitzahl

Postleitzahl, Ort

Konto-Nr.

Ort, Datum

Unterschrift: